

DIE ZÄHMUNG DER FINANZMÄRKTE – KERNBESTANDTEIL ALTERNATIVER WIRTSCHAFTSPOLITIK

1. Einleitung: Der Finanzsektor als öffentliches Gut	52
2. Strukturen und Funktionsweise moderner Finanzmärkte	54
3. Destabilisierung und Disziplinierung: Wirkungen der Finanzmärkte	59
4. Stabilisierung und Demokratisierung der Finanzmärkte	66
5. Schluss: Die Zählung der Finanzmärkte erfordert soziale Mobilisierung	76

Auszug aus WISO 3/2001

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

Jörg Huffschild

**Professor für
politische Ökonomie
und Wirtschafts-
politik an der
Universität Bremen**

1. Einleitung: Der Finanzsektor als öffentliches Gut

*große
gesellschaftliche
Bedeutung*

*gesetzliche
Regulierungen*

Gut funktionierende Finanzsysteme sind – wie gute Bildungs- und Verkehrssysteme – hohe öffentliche Güter. Sie sorgen dafür, dass die Zahlungsvorgänge in der Gesellschaft reibungslos ablaufen, dass genügend Kredite für Investitionen bereitgestellt werden und dass die Menschen mit ihren Ersparnissen sichere private Vermögen bilden können. Wegen dieser großen gesellschaftlichen Bedeutung war fast das gesamte Finanzwesen in vielen Ländern jahrzehntelang als öffentlicher Sektor organisiert, und noch heute will keine nationale oder regionale Regierung auf eine öffentliche Bank zur Einflussnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung verzichten. Überall gibt es besondere gesetzliche Regulierungen und staatliche Aufsicht, die gewährleisten sollen, dass Banken, Versicherungen und andere Finanzunternehmen eine solide Geschäftspolitik betreiben und die Stabilität des Finanzsektors nicht gefährden.

*als Organe der
Volkssouveränität
verdrängt*

*Finanzmärkte als
Vollstrecker*

Während der letzten beiden Jahrzehnte haben sich die Verhältnisse jedoch grundlegend geändert. Privatisierung, Deregulierung und internationale Liberalisierung haben das Verhältnis zwischen Finanzsektor und Politik auf den Kopf gestellt. Parlamente und Regierungen werden zunehmend aus ihrer Rolle als Organe der Volkssouveränität verdrängt, die die Rahmenbedingungen für das Wirtschaftsleben und auch den Finanzsektor festlegen. Vielmehr wird umgekehrt der Finanzsektor – der unterdes bezeichnenderweise als Finanzmärkte firmiert – zum Souverän, der Regierungen und Parlamenten ihre Politik diktiert. Die Finanzmärkte treten als Vollstrecker jener Sachzwänge auf, die als Globalisierung über die Welt gekommen sind und zu denen es angeblich keine Alternativen gibt. Ihr disziplinierender Druck tritt zunehmend an die Stelle demokratischer Diskussionen und parlamentarischer Entscheidungen als Richtschnur der Wirtschaftspolitik.

Die Folgen dieser neuen Kräfteverhältnisse zwischen Finanzmärkten und Gesellschaft sind einschneidend. Sie bestehen

einerseits darin, dass die Verhältnisse unsicherer geworden sind, Turbulenzen zugenommen haben, spekulative Blasen und spektakuläre Zusammenbrüche das Bild bestimmen und die Zahl der Finanzkrisen mit schweren Einbrüchen der Beschäftigung und des Wohlstandes zugenommen haben. Zum anderen ging die Entwicklung der neuen Finanzmarkt-macht mit einer Zunahme wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit, mit einer scharfen Polarisierung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen einher, sowohl international zwischen der Mehrheit der Entwicklungsländer und der Minderheit der Industrieländer als auch innerhalb der Entwicklungsländer und der Industrieländer.

*spekulative
Blasen*

Gegen diese Unterwerfung der Politik unter die Regeln der Finanzmärkte und gegen die zunehmende Polarisierung der wirtschaftlichen und Entsolidarisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich in den letzten Jahren aber auch Kritik, Protest und die Anfänge einer sozialen Bewegung entwickelt. Sie setzt der kategorisch resignierenden Erklärung: „Es gibt keine Alternative“ die These entgegen „Eine andere Welt ist möglich“ und konkretisiert diese These durch Forderungen nach Veränderungen der bestehenden undemokratischen und Vorschläge für demokratische Strukturen und Steuerungsmechanismen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Ein wesentliches Element dieser Vorschläge für eine alternative Wirtschaftspolitik besteht darin, die Finanzmärkte zu zähmen, ihre Vormachtposition einzuschränken und sie in eine demokratische Strategie wirtschaftlicher Entwicklung einzubinden.

*"Eine andere
Welt ist möglich"*

Die folgenden Bemerkungen verstehen sich als Beitrag zur Diskussion über eine demokratische Reform der Finanzmärkte, die zu den Kernelementen einer alternativen Wirtschaftspolitik gehört. Sie behandeln zunächst (2) wesentliche Struktur- und Funktionsmerkmale moderner Finanzmärkte, anschließend (3) die Probleme, die sich hieraus für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ergeben, und schließlich (4) einige Vorschläge zur Stabilisierung und Demokratisierung der Finanzmärkte.

*eine demo-
kratische
Reform der
Finanzmärkte*

2. Strukturen und Funktionsweise moderner Finanzmärkte¹

Die Entwicklung der Finanzmärkte in den beiden letzten Jahrzehnten ist durch drei wesentliche Veränderungen gekennzeichnet: *Erstens* hat die Bedeutung des Handels mit Wertpapieren gegenüber der Vergabe von Krediten oder der Ausgabe von Wertpapieren zugenommen und ist zum treibenden Moment für die explosionsartige Entwicklung der Finanzmärkte geworden, auf denen sich – *zweitens* – die institutionellen Investoren zu den dominierenden Akteuren entwickelt haben. *Drittens* schließlich sind Finanzmärkte als Folge der Liberalisierung des Kapitalverkehrs in den Ländern der OECD durch ihren hohen Grad an internationaler Offenheit gekennzeichnet.

2.1. Vorrang des Handels vor der Finanzierung

*volks-
wirtschaftlicher
Sinn*

Finanzmärkte sind Märkte, auf denen Finanzdienstleistungen erbracht und Finanztitel gehandelt werden. Ihr volkswirtschaftlicher Sinn liegt in der Finanzierung güterwirtschaftlicher Vorgänge, vor allem der Investitionsfinanzierung. Zum Aufbau oder Ausbau von Produktionsanlagen brauchen Unternehmen in der Regel mehr Finanzmittel, als ihnen aktuell zur Verfügung stehen. Sie sind auf zusätzliche Finanzierung angewiesen, die über Bankkredite oder über die Ausgabe von Aktien oder Schuldverschreibungen (vor allem Anleihen) beschafft werden. Derartige externe Finanzierungen führen zu finanziellen Forderungen von Banken, Aktionären oder sonstigen Gläubigern, die auf diese Weise Geldvermögen bilden. Die ökonomischen Quellen externer Finanzierung sind die volkswirtschaftliche Ersparnis, die Kreditschöpfung des inländischen Bankensektors und die Kapitaleinfuhr aus dem Ausland.

*Unterschied
zwischen
Wertpapier- und
Kreditfinanzierung*

Die Finanzierung über Wertpapiere (vor allem Aktien und Anleihen und davon abgeleitete Derivate) unterscheidet sich von der Kreditfinanzierung dadurch, dass Wertpapiere gehandelt werden, die Gläubiger eines Unternehmens sich also durch einfachen Verkauf ihrer Wertpapiere zurückziehen

können. Entsprechend besteht der Wertpapiermarkt – vor allem die Börse – aus zwei theoretisch zu trennenden Elementen: auf dem *Primärmarkt* werden Wertpapiere – durch die Neuausgabe von Aktien oder die Auflage von Anleihen – *neu geschaffen*; das ausgebende Unternehmen erhält im Gegenzug Geld. Das ist der Finanzierungsvorgang im engeren Sinn. Auf dem *Sekundärmarkt* werden demgegenüber bereits bestehende Wertpapiere *gehandelt*, d.h. verkauft und wieder gekauft. Es findet keine Finanzierung, sondern nur ein Eigentumswechsel auf der Gläubigerseite statt. Die Verbindung zwischen Primär- und Sekundärmarkt besteht darin, dass die Finanzierungschancen auf dem Primärmarkt in gewissem Maße von der Größe (Liquidität) des Sekundärmarktes und damit von den Möglichkeiten der Gläubiger abhängen, Wertpapiere bei Bedarf auch vor Fälligkeit wieder verkaufen zu können.

Primärmarkt

Sekundärmarkt

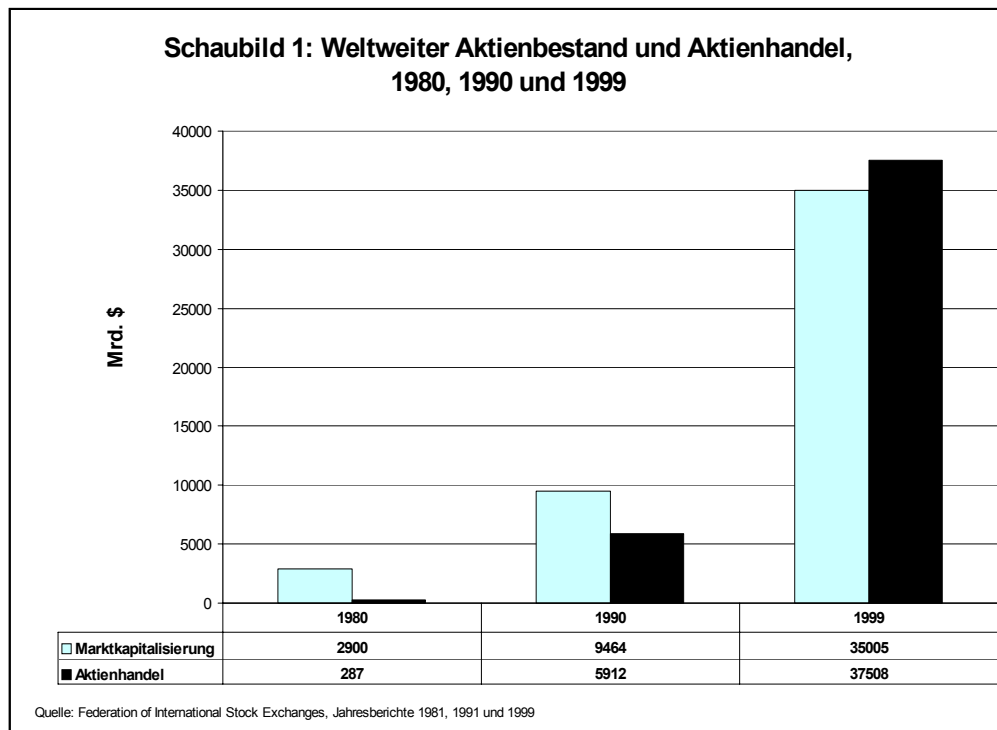
Kennzeichnend für die Entwicklung während der letzten beiden Jahrzehnte ist die besondere Dynamik und treibende Rolle der Sekundärmärkte. Hinter dem starken Wachstum der Finanzmärkte steht keine besondere Investitionsdynamik, sondern ein Handels- und Börsenboom. Es lässt sich sogar die These begründen, dass gerade das Ausbleiben einer Investitionsdynamik bei anhaltend hoher Kapitalrentabilität dazu geführt hat, dass flüssiges Kapital zu erheblichen Teilen nicht in den Auf- und Ausbau des Produktionsapparates zurückgelenkt wurde, sondern stattdessen auf die Finanzmärkte geflossen ist und dort den Börsenboom verursacht hat. (Vgl. Chesnais 1996, 253 –272).

*Rolle der
Sekundärmärkte*

*auf die
Finanzmärkte
geflossen*

Die treibende Rolle der Sekundärmärkte belegen beispielsweise die weltweiten Aktienmärkte: Die Marktkapitalisierung – d. h. der zu den jeweiligen Kursen bewertete *Bestand* – der börsengehandelten Aktien stieg zwischen 1980 und 1999 um den Faktor 12,1, die Aktienumsätze dagegen nahmen um den Faktor 130,7 zu! (Schaubild 1) Die Geschwindigkeit, mit der Aktien auf den Finanzmärkten die Eigentümer wechseln, hat also dramatisch zugenommen. 1980 wurde jede Aktie im Durchschnitt mehr als 10 Jahre gehalten, 1999 dagegen alle

mehr als verzehnfacht 10 oder 11 Monate verkauft. Die Umschlaggeschwindigkeit hat sich also mehr als verzehnfacht. Was für Aktien gilt, trifft für andere Finanzgegenstände in noch höherem Maße zu, insbesondere für Währungen, sogen. Derivate und andere Finanzinnovationen.



2.2. Institutionelle Investoren als neue dominierende Akteure

Bündelung kleinerer Beträge Institutionelle Anleger sind große Versicherungsgesellschaften, Investmentfonds und Pensionsfonds. Sie sammeln Geld – Versicherungsprämien, Sparbeträge oder Altersversicherungsbeiträge – in Fonds und legen es an den Finanzmärkten an. Durch diese Bündelung werden viele kleinere Beträge zu großen Vermögen und diejenigen, die sie verwalten, die Fondsmanager, erhalten einen großen Einfluss an den

Finanzmärkten. Erhebliche Teile des Finanzvermögens der privaten Haushalte und der Unternehmen sind bei diesen Fonds angelegt, die mittlerweile einen bedeutenden Teil des gesamten Finanzvermögens der großen Volkswirtschaften managen. In den USA lagen diese Anteile bereits Mitte der 90er Jahre bei über der Hälfte und in Kontinentaleuropa sind sie zwischen 1985 und 1995 überwiegend stark gestiegen. Die institutionellen Investoren haben sich neben den Großbanken zu den Hauptakteuren moderner Finanzmärkte entwickelt – aber dies führt keineswegs zu einer Beschränkung der Bankenmacht. Denn zumindest in den europäischen Ländern gehören die großen Kapitalanlagegesellschaften überwiegend den führenden Banken und Bankengruppen. In Deutschland etwa entfielen 1999 rund 80 % des von Publikumsfonds verwalteten Vermögens auf die Fonds von 5 Banken bzw. Bankengruppen. (BVI 2001, 72ff) Die Macht der Großbanken wird durch die Entwicklung der institutionellen Investoren also nicht beschränkt, sondern potenziert.

*Hauptakteure
moderner
Finanzmärkte*

2.3. Finanzmärkte als international liberalisierte oder globale Märkte

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es einen Konsens zwischen allen Regierungen der entwickelten Länder, der aus zwei Teilen bestand: Erstens genoss die Vollbeschäftigung oberste Priorität in der Zielskala nationaler Wirtschaftspolitik. Zweitens erforderte die Vollbeschäftigung eine Ausdehnung des internationalen Handels, die nur bei stabilen internationalen Geldbeziehungen möglich erschien. Ausdruck dieses zweiten Konsenses war das im Jahre 1944 etablierte System von Bretton Woods. Es sah feste Wechselkurse zwischen den Währungen der beteiligten Länder vor. Dies kam einer Beseitigung von Wechselkursrisiken durch die Politik gleich, die zu diesem Zwecke den Internationalen Währungsfonds (IWF) gründete. Nach dessen Statuten war es ferner jeder Regierung erlaubt – und ist es übrigens bis heute noch – zum Schutz ihrer nationalen Politik die Kapitalflüsse ins eigene Land und aus dem eigenen Land heraus zu kontrollieren und

Bretton Woods

*Internationaler
Währungsfonds
(IWF)*

wenn erforderlich zu beschränken.

*Konsens
aufgekündigt*

Dieser Konsens wurde Mitte der 70er Jahre aufgekündigt und hat zu grundlegend anderen internationalen Verhältnissen geführt. Zwischen den großen Währungen der Welt gibt es heute frei schwankende Wechselkurse und zwischen den großen Finanzplätzen der Welt gibt es keine rechtlichen oder politischen Beschränkungen des internationalen Kapitalverkehrs mehr. Die Finanzanleger haben also das Recht, das Kapital, über das sie verfügen, jederzeit von einem Land in ein anderes zu verlegen. Unterstützt wird die Möglichkeit der schnellen Kapitalverlagerung durch den entwickelten Stand der Informations- und Telekommunikationstechnologie. Auf ihrer Grundlage ist es möglich, internationale Transaktionen in Sekundenschnelle und – wenn die Infrastruktur einmal installiert ist – praktisch ohne zusätzliche Kosten vorzunehmen.

*Möglichkeit der
schnellen
Kapitalverlagerung*

*Entscheidung
Schritt für
Schritt*

Diese Freiheit des internationalen Kapitalverkehrs hat nicht immer bestanden und sie folgt auch nicht einer eisernen Zwangsläufigkeit oder Sachlogik des Kapitals. Es handelt sich um das Ergebnis politischer Entscheidungen, die ab Ende der 70er Jahre Schritt für Schritt von den Regierungen der OECD-Länder gefällt wurden. (Vgl. Übersicht)

Übersicht: Chronologie der Liberalisierung des Kapitalverkehrs

1974	USA Schweiz
1979	Großbritannien
1980	Japan
1981	Deutschland
1983	Australien
1984	Neuseeland
1986	Niederlande
1988	Dänemark
1989	Frankreich
1990	Italien Belgien/Luxemburg
1992	Spanien Portugal
1994	Griechenland

Quelle: Age F.P. Bakker: 264–275, Shafer:120–132

Solche Entscheidungen kommen nicht ohne Grund, sondern unter dem Druck von Interessenten zustande. Sie sind jedoch nicht so zwangsläufig, dass es keine Alternativen gegeben hätte.

*Druck von
Interessenten*

**3. Destabilisierung und Disziplinierung:
Wirkungen der Finanzmärkte**

Der herrschenden Finanzmarkttheorie zufolge bewirken freie Finanzmärkte die Lenkung von Kapital in die jeweils effizienteste Verwendung. Dies lässt sich jedoch mit theoretischen und empirischen Gründen bezweifeln. Zum einen bezieht sich das Konzept der Effizienz ausschließlich auf die Rendite und nicht etwa auf gesellschaftlicher Effizienz im Sinne der Lösung besonders dringender gesellschaftliche Probleme. Kapital fließt dahin, wo es den höchsten Gewinn abwirft (bei-

*effizienteste
Verwendung*

*Bewegungen
ändern oft
schnell die
Richtung*

spielsweise auf den amerikanischen Aktienmarkt), und nicht dahin, wo es am meisten gebraucht wird und sein Einsatz den höchsten Nutzen bringen würde (beispielsweise in Infrastrukturprojekte in Afrika). Zum anderen ist auch die auf den Gewinnbegriff eingeschränkte wirtschaftliche Effizienz der Finanzmärkte fraglich, soweit damit eine güterwirtschaftliche Allokationsfunktion von Produktionsfaktoren gemeint ist. Die Bewegungen auf Finanzmärkten ändern oft so schnell ihre Richtung, dass von einer effizienten Lenkung oder dem produktiven Einsatz von Produktionsfaktoren keine Rede sein kann. Wenn die Geschwindigkeit von Transaktionen auf den Finanzmärkten um ein Vielfaches größer ist als die güterwirtschaftlicher Prozesse, führt diese Entkoppelung im harmlosesten Fall zu Redundanz, wahrscheinlicher aber zu Störungen und Krisen der lebensweltlichen Reproduktion.

3.1. Instabilität, Turbulenzen und Finanzkrisen

*Turbulenzen und
Krisen stark
zugenommen*

Seit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs und dem Übergang zu einem Regime frei schwankender Wechselkurse hat die Instabilität der Finanzmärkte und die Zahl der Turbulenzen und Krisen stark zugenommen. Letztere sind dabei nicht den üblichen konjunkturellen Wellenbewegungen gefolgt, sondern haben eine eigenständige Dynamik finanzieller Euphorie und Überhitzung, plötzlicher Trendumkehr, Panik und Absturz geschaffen. Die Finanzkrisen in den 90er Jahren sind immer schneller aufeinander gefolgt: 1992/93 in der EG, 1994/95 Mexiko, 1997/98 Asien, 1998 Russland, 1999 Brasilien und im Jahr 2001 sind massive Finanzkrisen in der Türkei, in Indonesien und Argentinien ausgebrochen. Sie haben dramatische Folgen auch für den nichtfinanziellen Bereich, die Investitionen, die Produktion, die Beschäftigung. In den Entwicklungsländern führen sie regelmäßig zu einer drastischen Zunahme der Armut, die auch bei einer anschließenden Sanierung des Finanzsektors nicht entsprechend zurückgeht.

*drastische
Zunahme der
Armut*

Der Hintergrund für diese Instabilität ist im Wesentlichen die Preisbildung auf den Finanzmärkten. Preise für Finanztitel –

Aktien, Anleihen, Derivate, auch Währungen – bilden sich nicht in erster Linie aufgrund der Einschätzungen der Käufer über die langfristige Werthaltigkeit der zugrunde liegenden Güter (die Qualität der Produkte, Produktionsverfahren und Innovationsfähigkeit von Unternehmen etc.), sondern über die kurzfristig erwartete Preisentwicklung. Diese aber hängt in erster Linie vom Kaufverhalten anderer Marktteilnehmer ab, das ihrerseits auf Erwartungen über andere Marktteilnehmer beruht. (Vgl. Kindleberger 1993) Derartige Erwartungen über die Erwartungen anderer Leute sind der Kern der **Finanzspekulation** und sie erzeugen eine Dynamik, die mit **Herdenverhalten** bezeichnet wird: Wenn die ersten Käufer aufgrund von Kurssteigerungserwartungen in den Markt einsteigen, steigen die Kurse. Dies wird als Bestätigung der Erwartungen angesehen und zieht weitere Käufer an. Wenn dann die Kurse stärker und schneller steigen, wollen alle an den Gewinnen teilhaben. Die spekulative Bewegung wird zusätzlich durch Käufer angeheizt, die Kredite aufnehmen, um von dem Finanzmarktboom zu profitieren. Sie gehen dabei von der Erwartung aus, den Kredit später mit dem Erlös aus den im Wert gestiegenen Papieren zurückzahlen zu können. Wenn dann die ersten Spekulanten aussteigen und der Kurs nicht weiter steigt, müssen die Kreditnehmer bereits einen Teil ihrer Papiere verkaufen um Kredite bedienen zu können. Dann sinken die Kurse, mehr Marktteilnehmer wollen oder müssen verkaufen, und wenn die Abwärtsbewegung schneller wird, bricht Panik aus, in der alle verkaufen wollen, um ihre Verluste in Grenzen zu halten. Diese überschießenden Reaktionen sind der Hintergrund für die **Instabilität** der Finanzmärkte und für die **Finanzkrisen**.

Die Finanzkrise in Asien 1997/98 beispielsweise war das typische Resultat einer solchen Herdenbewegung: Nachdem die Wirtschaftspolitik der späteren Krisenländer unter dem Druck des IWF mit hohen Zinsen und stabilen Wechselkursen eine hohe Attraktivität für ausländische Investoren hergestellt hatte, strömte massenhaft kurzfristiges ausländisches Kapital in die Länder, in denen schnelle und große Gewinnmöglichkeiten gesehen wurden. Diesem Ansturm waren die Finanz-

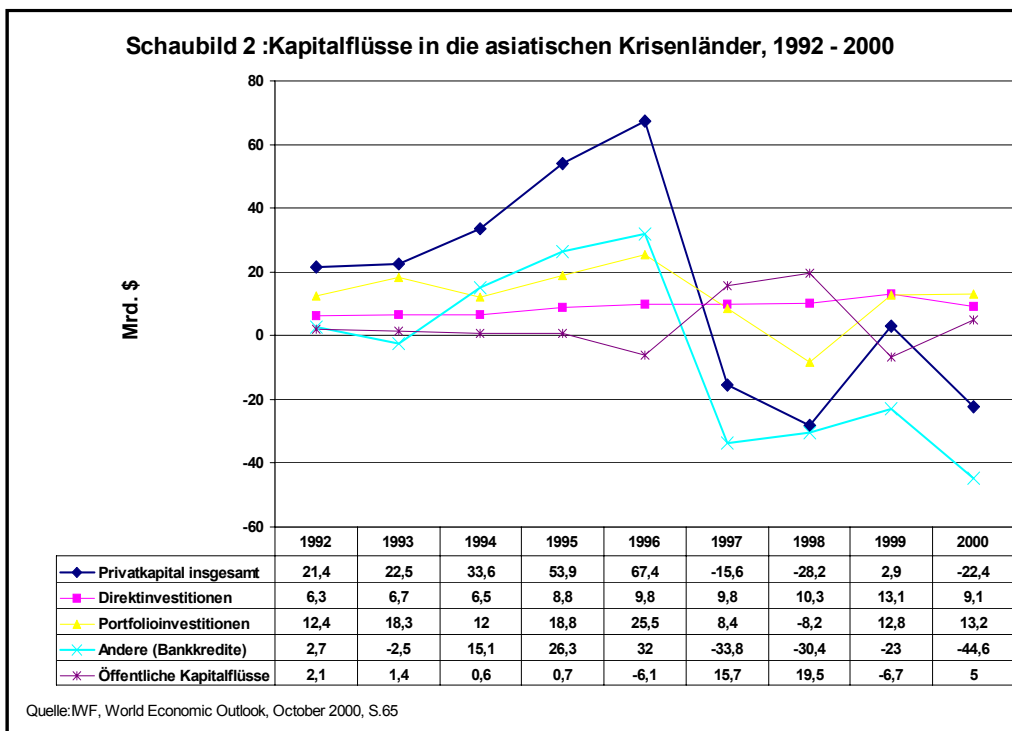
*kurzfristig
erwartete
Preisentwicklung*

*Bestätigung der
Erwartungen*

Panik bricht aus

*plötzliche
Trendumkehr*

systeme nicht gewachsen, obwohl die ökonomischen Fundamentaldaten ansonsten gut waren. (Vgl. Dieter 1998) Beim ersten Anzeichen der Überlastung setzte eine plötzliche Trendumkehr ein, es kam zu massenhaftem Kapitalabzug, der die Finanzsysteme der Länder endgültig zusammenbrechen ließ, ihre Währung abwertete und sie damit auf viele Jahre in der Entwicklung zurückwarf.



Aus dem Schaubild 2 geht allerdings auch hervor, dass nicht alle Finanzflüsse gleichermaßen destabilisierend gewirkt haben. Die ausländischen Direktinvestitionen waren in der Krise nicht zurückgegangen. Wesentlich instabiler waren die Portfolioinvestitionen und vor allem die „anderen“ Kapitalzuflüsse, hinter denen überwiegend Bankkredite standen, die überdies in der großen Mehrheit kurzfristig waren.

3.2. Neue „Unternehmenskultur“ zugunsten der Eigentümer

Finanzanleger investieren in solche Unternehmen, von denen sie – unter Berücksichtigung des Risikos und des Zeithorizontes – den höchsten Gewinn erwarten. Dies ist weder neu noch überraschend, denn Gewinnorientierung ist für kapitalistische Unternehmen seit eh und je der treibende Motor. Aber mit dem zunehmenden Einfluss der institutionellen Investoren auf den Finanzmärkten entsteht ein neuer Druck auf das Management von Unternehmen, die Rendite für die Finanzinvestoren zu steigern. Dieser Druck wird aktuell unter dem Stichwort „shareholder-value“-Orientierung diskutiert. (Vgl. Lazonick und O’Sullivan 2000) Sie führt zu einer neuen Unternehmenskultur zugunsten der Eigentümer, die der europäischen Tradition entgegengesetzt ist. In der Geschichte des europäischen Kapitalismus haben sich – unter dem Einfluss von Konflikten, Arbeiterbewegung, Sozialpartnerschaft, Kaltem Krieg und Systemkonkurrenz – bestimmte Rahmenbedingungen herausgebildet, die durch Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft, Gewerkschaftseinfluss, Sozialgesetzgebung u.a.m. die reine Durchsetzung von Eigentümerinteressen in den jeweiligen Ländern beschränken. Dies hatte sich auch in den Geschäftsleitungen großer Unternehmen niedergeschlagen, deren Management neben dem besonders gewichtigen Gewinninteresse der Eigentümer die Integration verschiedener anderer Interessen – Arbeitnehmer, Verbraucher, Region, Umweltschutz – leisten muss. Shareholder-Orientierung ist ein Angriff auf diese Unternehmenskultur und fordert die Stärkung der Position der Eigentümer in der Geschäftsleitung. Dazu werden Vorstände unter Druck gesetzt, Unternehmen auseinander genommen, die Teile verkauft, die Gehälter nach der Kursentwicklung ausgerichtet etc. Es werden Standards und Zielgrößen (benchmarks) festgesetzt, Vierteljahreserfolge erwartet, die sich auch in den Kursen niederschlagen sollen. Werden die Ziele nicht erreicht, trennt der Investor sich vom Investment und der Aktienkurs fällt. Diese neue Unternehmenskultur beschränkt sich

Gewinnorientierung der treibende Motor

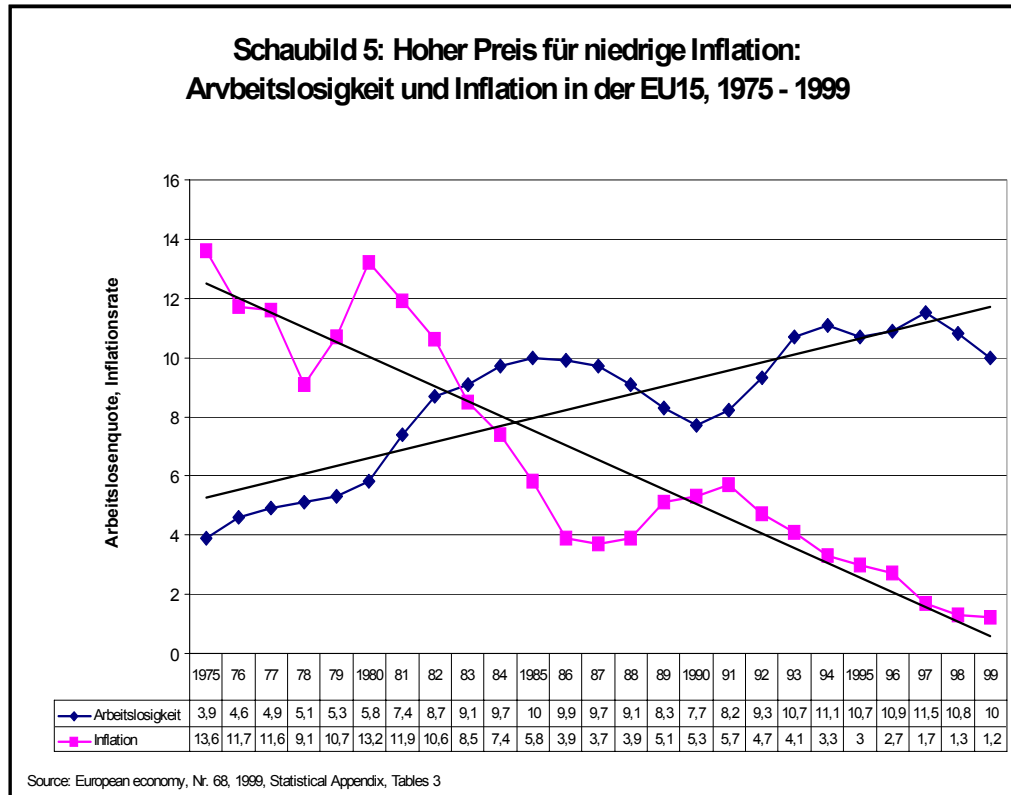
Integration verschiedener Interessen

Vorstände unter Druck

nicht auf die Unternehmen, in denen die institutionellen Investoren tatsächlich als Aktionäre präsent sind. Sie breitet sich auf dem Wege der Konkurrenz durch neue Standards, Zielzahlen und Vergleichsmaßstäbe über die gesamte Wirtschaft aus.

3.3. Forcierte neoliberale Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik

<i>Druckmittel der Investoren</i>	Das Druckmittel der Investoren gegenüber der Politik ist die Drohung mit Kapitalabzug. Sie ist deshalb glaubwürdig, weil sie für Finanzanleger ungleich leichter und schneller durchzusetzen ist als etwa für einen Automobilkonzern. Investmentfonds können mit einigem Geschick ihr Engagement in einem Land von einem Tag auf den anderen beenden und ihre Gelder fast ohne Kosten in ein anderes verlagern. Diese „Exit-Option“ verschafft den Fondsmanagern ein enormes Drohpotenzial gegenüber Regierungen und zwingt diese zu einem Standortwettbewerb , in dem schrittweise soziale Errungenschaften und Ansprüche aufgegeben und den Forderungen der Finanzinvestoren geopfert werden. Deren Interessen decken sich zu einem erheblichen Teil mit denen anderer, insbesondere exportintensiver Unternehmen: niedrige Soziallasten, niedrige Steuern, stabile Preise. Während andere Unternehmen allerdings unter mangelnder Binnenkaufkraft und steigender Arbeitslosigkeit zu leiden haben, ist dies kein Grund zur Beunruhigung für die Finanzmärkte. Dieser Druck erklärt zu einem erheblichen Teil die dramatischen Veränderungen der Wirtschaftspolitik, ganz besonders im Europa der 90er Jahre. Sie folgt nicht mehr mehreren wirtschaftspolitischen Zielen, die in einem komplexen System von Kompromissen ausbalanciert werden müssen, sondern hat eine klar Rangfolge: Preisstabilität ist das oberste Gebot, dem sich alle andern Ziele unterzuordnen haben. Sie kann durch eine sehr restriktive Geldpolitik erzwungen werden. Der Preis für die Durchsetzung einer solchen ideologischen Verengung ist jedoch hoch. Er besteht in Wachstumsschwäche, hoher Arbeitslosigkeit und sozialer Polarisierung. Die tatsächliche Entwicklung in der EU belegt diese Tendenzen deprimierend gut. (Vgl. Schaubild 3)
<i>Standortwettbewerb</i>	
<i>Neoliberalismus: Arbeitslosigkeit kein Grund zur Beunruhigung</i>	
<i>ideologische Verengung</i>	



Auch die sogen. „Modernisierung“ der Systeme der sozialen Sicherheit in der EU ist weitgehend Ausdruck des Interesses und des Einflusses der Finanzmärkte auf die Politik. Die Privatisierung der Altersversicherung beispielsweise begünstigt vor allem die Finanzinvestoren. Durch den Übergang zur Kapitaldeckung werden ihnen in relativ kurzer Zeit dreistellige Milliardenbeträge zur Verfügung gestellt, mit denen sie auf den internationalen Finanzmärkten operieren können und die sie zu echten global players machen. Diese Interessen sind der wesentliche Grund für den Druck zur Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme in Kontinentaleuropa, denn die Sachargumente, die beispielsweise für die Reform der Rentenversicherung angeführt worden sind – vor allem das der veränderten Altersstruktur – sind weder theoretisch noch

"Modernisierung der Systeme"

Druck zur Privatisierung

empirisch fundiert. (Vgl. hierzu die exzellente Studie von Baker und Weisbrod, 1999) Für die von der Reform Betroffenen ist das Ergebnis allerdings weniger erfreulich. Sie zahlen höhere Beiträge, bekommen eine niedrigere Rente und das nur, wenn die Finanzmärkte nicht zwischendurch kollabieren – was keinesfalls garantiert werden kann.

*Attacke auf
Kernelemente*

Der Druck, den die großen Akteure auf den Finanzmärkten auf die Unternehmen, die Wirtschafts- und die Sozialpolitik ausüben, summiert sich zu einer konzentrierten Attacke auf wesentliche Kernelemente des modernen europäischen Sozialstaates. Daher handelt es sich nicht um eine Angelegenheit eines einzelnen Sektors der Wirtschaft. Die Finanzmärkte sind vielmehr zum Medium und Hebel für eine breite Bewegung der Gegenreform geworden. Sie richtet sich gegen die sozialen und demokratischen Reformfortschritte, die in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg – unter dem Druck eines fortschrittlichen sozialen Kräfteverhältnisses – durchgesetzt worden waren.

4. Stabilisierung und Demokratisierung der Finanzmärkte

4.1. Stabilisierung

*aktuelle
Diskussion*

Die Vermeidung übermäßiger kurzfristiger Ausschläge und Turbulenzen auf den Finanzmärkten fördert eine stabile Entwicklung von Produktion und Beschäftigung und liegt daher im Interesse der meisten Menschen, Unternehmen und Regierungen. Die aktuelle Diskussion über die Reform der Finanzmärkte richtet sich daher in erster Linie auf ihre Stabilisierung. Dabei geht es im Wesentlichen um Beschränkung der Kreditvergabe, Entschleunigung des Wertpapierhandels und Stabilisierung der Wechselkurse.

*riskante
Kreditvergabe*

Zum Ersten soll übermäßig riskante *Kreditvergabe* vermieden werden, die zu Kreditausfällen, Bankzusammenbrüchen mit nachfolgender Verunsicherung und Sturm der Kunden auf die

Banken bis zu Finanzkrisen führen kann. Die zu diesem Zweck vom IWF und der OECD hauptsächlich empfohlene Verbesserung der Informationen und Transparenz hinsichtlich der Kreditnehmer reicht hierzu allerdings nicht aus, denn bei entsprechend hohen Gewinnerwartungen werden Banken und Finanzanleger sich nicht von riskanten Geschäften abhalten lassen. Auch die gegenwärtig unter dem Stichwort „Basel 2“ viel diskutierte Reform der Baseler Eigenkapitalregeln, nach denen Banken Eigenkapital als Reserve für den Fall zurücklegen müssen, dass die Kredite, die sie vergeben, nicht zurückgezahlt werden, dürften den Stabilisierungszweck nur unzureichend erfüllen. Sie sehen nämlich vor, dass das Ausfallrisiko sich in Zukunft nicht mehr schematisch nach dem Kreditnehmer richten, sondern durch die Banken mit Hilfe eigener Risikomodelle bestimmt werden soll. Das erhöht zwar auf der einen Seite die Flexibilität, bringt aber die Gefahr mit sich, dass der Bock zum Gärtner gemacht wird und es unter dem Druck der Konkurrenz um Marktanteile auf dem Kreditmarkt zu einer systematischen Unterschätzung der Risiken durch die Banken kommen wird. Wesentlich wichtiger ist es, Banken daran zu hindern, offensichtliche reine Spekulationsgeschäfte von sogen. Hedgefonds oder Spekulationsfonds durch Finanzkredite zu fördern. Diese sollten daher drastisch verteuert, quantitativ eingeschränkt oder ganz verboten werden.

"Basel 2"

Ausfallrisiko

Hedgefonds

Zweitens geht es bei der Stabilisierung der Finanzmärkte um die Verminderung des kurzfristigen *Wertpapierhandels*, der keine sinnvollen volkswirtschaftlichen Funktionen im Sinne der Lenkung von Geld in produktive Verwendung hat, sondern ausschließlich spekulativen Zwecken dient. Eine solche *Entschleunigung* kann durch die Einführung einer Börsenumsatzsteuer erreicht werden, die es unattraktiv macht, Papiere zu kaufen und nach sehr kurzer Zeit wieder zu verkaufen; denn der Arbitrage- oder Kursgewinn, auf den derartige Geschäfte abzielen, würde ganz oder teilweise von einer solchen Steuer abgeschöpft. Für internationale Transaktionen wird eine solche steuerliche Behinderung kurzfristiger Spekulation vor allem als Devisenumsatzsteuer (Tobinsteuer) diskutiert. Sie wurde erst-

Entschleunigung

Devisenumsatzsteuer (Tobinsteuer)

Variation mals in den 70er Jahren von dem amerikanischen Ökonom James Tobin gefordert und könnte auch bei einem geringen Satz helfen, den allmählichen Aufbau einer Spekulationswelle zu verhindern und so zur Stabilisierung der Finanzmärkte beitragen. (Vgl. Ul Haq u.a. 1996) Die Tobinsteuer kann auch dadurch effizienter gemacht werden, dass ihr Satz je nach ökonomischer Situation und Bewegung auf den Finanzmärkten variiert wird, bei ruhigem Börsenklima also sehr niedrig bleibt und in unruhigen Zeiten deutlich erhöht wird. Bei massiveren Spekulationen müssten allerdings härtere Instrumente eingesetzt werden, die bis zur administrativen Begrenzung oder dem Verbot von Kapitalzuflüssen oder -abflüssen reichen – wie sie übrigens alle Industrieländer angewandt haben, bevor ihre Wirtschaft international konkurrenzfähig geworden war.

Wechselkurse Der dritte Aspekt der Stabilisierung von Finanzmärkten betrifft die *Wechselkurse*. Stark und kurzfristig schwankende Wechselkurse behindern den internationalen Handel, weil sie unsichere Kalkulationsgrundlagen für die international tätigen Unternehmen schaffen. Eine Ausschaltung der Währungsrisiken durch Wechselkurssicherungsgeschäfte verteuert den Handel und behindert ihn auf diese Weise. Aus diesem Grunde hatten sich die Regierungen am Ende des Zweiten Weltkrieges auf ein System fester Wechselkurse verständigt, das notfalls durch Interventionen der Zentralbanken verteidigt werden sollte, die ihrerseits die dazu erforderlichen Mittel vom eigens zu diesem Zweck gegründeten IWF erhalten sollten. Die Erfahrungen zeigen aber auch, dass ein solches System nur dann lebensfähig ist, wenn es ein hohes Maß an wirtschaftspolitischer Kooperation zwischen den beteiligten Ländern gibt oder wenn die einmal festgelegten Wechselkurse von vornherein als vorläufig betrachtet werden und Gegenstand regelmäßiger Revisionen sind. Auf eine maßvollere Version der Wechselkursstabilisierung zielt der Vorschlag ab, einen Wechselkurskorridor zwischen den großen Währungen Dollar, Yen und Euro einzurichten, innerhalb dessen Bandbreiten die Wechselkurse frei schwanken können. Erst wenn die

oberen oder unteren Grenzen dieses Korridors erreicht werden, setzt die Stabilisierung durch die Zentralbanken ein. Die USA haben ein derartiges „Zielzonensystem“ bislang allerdings kategorisch abgelehnt, weil sie die überragende Stellung des Dollar als wichtigste Weltwährung nicht in ein System kollektiver Rücksichtnahme einbringen wollten. Es bleibt abzuwarten, ob eine zukünftige mögliche Schwächung des Dollar zugunsten des Euro zur Revision dieser Ablehnung führen wird. Solange dies nicht der Fall ist, sind *regionale Währungsabkommen* eine sinnvolle Alternative. Ein solches Währungsabkommen hat seit 1979 in der EG bestanden und ist 1999 in die Europäische Währungsunion überführt worden. Seit zwei Jahren gibt es Ansätze für ähnliche währungspolitische Kooperationen auch in Südostasien. Die Erfahrung mit Europa sollte allerdings dazu führen, zugleich eine wirtschaftspolitische Zusammenarbeit auf einer breiten Grundlage anzustreben.

Korridor

*auch in
Südostasien*

4.2. Demokratische Einbindung der Finanzmärkte

Wirtschaft und Gesellschaft sollten nicht nur vor Destabilisierung und Turbulenzen geschützt werden, die von den Finanzmärkten ausgehen. Auch stabile Finanzmärkte werden zum Problem, wenn sie sich einem demokratischen Rahmen entziehen und ihrerseits die Politik einer Gesellschaft weitgehend nach den Interessen der großen Finanzanleger bestimmen. Hiergegen ist eine Politik zur Einbindung der Finanzmärkte in die allgemeine Wirtschaftspolitik erforderlich, die zumindest in der EU weitgehend koordiniert werden sollte. Dies soll an vier Schwerpunkten verdeutlicht werden. *Erstens* muss die massive *Steuerflucht* gestoppt werden, denn sie führt einerseits zu einer immer ungleicheren steuerlichen Belastung zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen, während insbesondere die großen Unternehmen sich mit Hilfe der Finanzinstitutionen der Steuerpflicht entziehen, und sie schränkt die wirtschaftspolitische Handlungsfreiheit der Regierungen drastisch ein. Steuerflucht wird durch die Existenz und Dienste der sogen.

*Steuerflucht
muss gestoppt
werden*

Steuerparadiese Offshorezentren oder Steuerparadiese gefördert, in denen es kaum eine Finanzaufsicht gibt und die Steuern sehr gering sind. Sie können, soweit es sich um selbstständige oder halb-selbstständige Territorien handelt, in der Regel nicht unmittelbar belangt werden. Es ist aber sehr wohl möglich, die Verbindungen der Institutionen, die der jeweils eigenen Jurisdiktion unterliegen, mit derartigen Offshorezentren einzuschränken. Die Mittel dazu reichen von der Forderung nach einer stärkeren – und u.U. kompromittierenden – Offenlegung der Geschäfte mit diesen Zentren über besondere Eigenkapitalanforderungen bis zu einer quantitativen Beschränkung oder einem glatten Verbot, in derartigen Zentren Niederlassungen einzurichten oder mit dortigen Instituten Geschäfte abzuschließen.

nicht nur die Interessen der Kleinaktionäre

Zweitens sollten die *Regeln für die Finanzanlage und für Fusionen und Übernahmen* in dem Sinne überarbeitet werden, dass dabei nicht nur die Interessen der Kleinaktionäre geschützt werden – in diese Richtung laufen die aktuellen Bestimmungen und die Diskussionen über ihre Verschärfung – sondern auch die der ArbeitnehmerInnen, der Regionen und der Umwelt. Mögliche Maßnahmen zu diesem Zweck beginnen mit einer ausführlichen Informations-, Berichts- und Rechenschaftspflicht; sie können die Repräsentanz von Arbeitnehmer- und sonstigen gesellschaftlichen Interessen im Management institutioneller Investoren vorsehen oder die Genehmigung von Fusionen von den verbindlichen Verpflichtungen hinsichtlich des Umgang mit den Beschäftigten abhängig machen. Sie folgen dem Grundsatz, dass ab einer bestimmten Größenordnung Unternehmen und ihr Management keine Angelegenheit von Privatpersonen und zwischen Privatpersonen mehr sind, sondern dass es sich um gesellschaftliche Organisationen handelt, in denen ein Mindestmaß an demokratischen Strukturen und Prozeduren zur Wahrung des öffentlichen Interesses erforderlich ist.

Wahrung des öffentlichen Interesses

Dem öffentlichen Interesse dient es – *drittens* – auch, wenn die Politik sich dem Trend zur *Deregulierung und Privatisierung des Finanzsektors da widersetzt*, wo dieser Trend seine elemen-

turen Funktionen zu torpedieren droht. Nachdem die letzten beiden Jahre deutlich gemacht haben, dass die Anlage privater Ersparnisse an den Finanzmärkten keinesfalls kontinuierlich hohe Erträge abwirft, sondern mit erheblichen Risiken verbunden ist und zu hohen Verlusten führen kann, erfordert die öffentliche Daseinsvorsorge die Erhaltung eines Segmentes der Finanzdienstleistungen, in dem diese Risiken durch öffentliche Garantien ausgeschaltet werden und private Ersparnisse sicher, wenn auch mit geringer Rendite, angelegt werden können. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und ähnliche Institute verdienen daher besonderen politischen Schutz und Förderung, allerdings nur, soweit sie sich auf den Bereich der privaten Einlage- und Kreditgeschäfte beschränken. Es gibt auch keinen Grund, auf den Besitz und den Einsatz öffentlicher Banken zur Finanzierung staatlicher Investitionsvorhaben zu verzichten – außer den, dass damit privaten Banken sichere Gewinne entgehen, die allerdings aus Steuerzahlungen finanziert werden müssen.

*keinesfalls
kontinuierlich
hohe Erträge*

*Schutz und
Förderung*

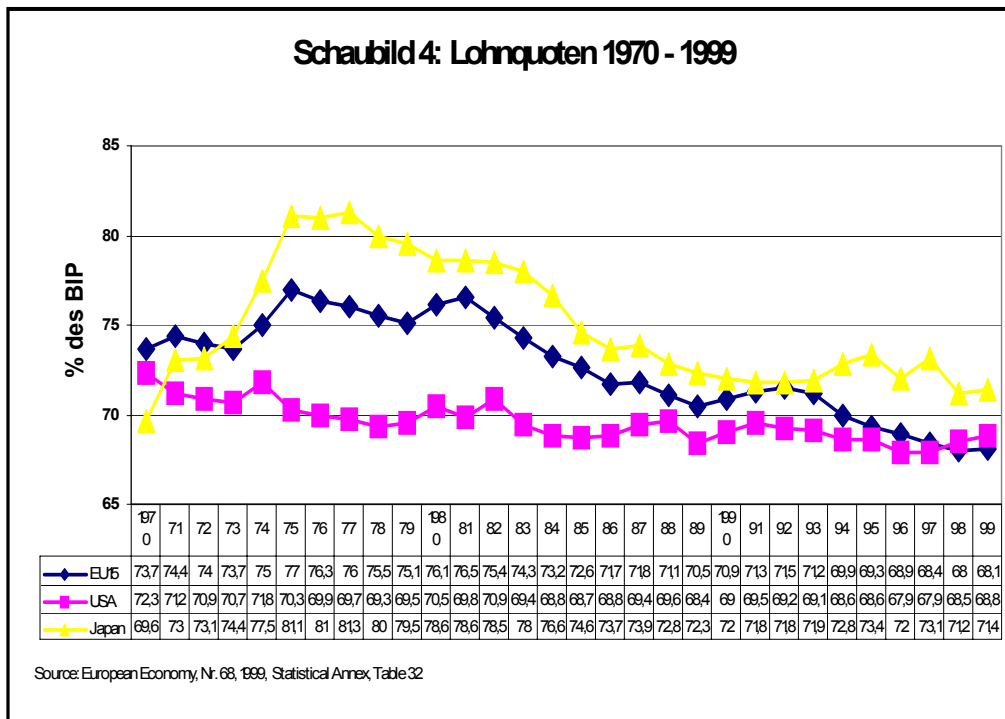
In gleiche Richtung geht *viertens* die Forderung, die großen Systeme der *sozialen Sicherung nicht den Akteuren und Risiken der Finanzmärkte auszuliefern*, sondern als öffentlich organisierte gesetzliche Systeme beizubehalten, die allen Mitgliedern der Gesellschaft einen durchschnittlichen sozialen Schutz bei Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit oder Unfall sichern. Die Argumente, dass die öffentliche Organisation derartiger Systeme wegen der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung nicht finanzierbar sei, treffen schon deshalb nicht zu, weil sie auch in privaten Systemen finanziert werden müssen und auch in privaten Systemen nur das an Leistung geliefert werden kann, was jeweils insgesamt zur Verfügung steht. Bei der Privatisierung der sozialen Sicherung handelt es sich nicht um eine Frage der Finanzierung, sondern um eine Frage der Verteilung. Sie bewirkt eine Umverteilung der insgesamt zur Verfügung stehenden Leistungen zugunsten der reicheren Schichten der Gesellschaft und zu Lasten der ärmeren Schichten und zerstört dadurch das Solidarprinzip der Gesellschaft.

*Systeme der
sozialen
Sicherung*

*Frage der
Verteilung*

nicht als
Restgröße
behandeln

Letztlich erfordert die Zählung der Finanzmärkte eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik. Sie läuft darauf hinaus, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sowie ökologische Nachhaltigkeit in den Vordergrund zu stellen, zu ausdrücklichen Eck- und Orientierungspunkten der Wirtschaftspolitik zu machen und nicht als Restgröße zu behandeln, die hinter der Ausrichtung an den Interessen der Finanzanleger zurückzustehen hat. Gesamtwirtschaftlich hat eine solche Neuorientierung viel mit *Umverteilung* zu tun, genauer mit einer energischen Korrektur der drastischen Umverteilung zugunsten der Profite und zu Lasten der Lohneinkommen, die während der letzten 20 Jahre überall in der Welt stattgefunden hat. (Vgl. Schaubild 4)



Diese Umverteilung ist eine wesentliche Ursache der Entwicklung und Verselbstständigung der Finanzmärkte. Denn hohe Profite und niedrige Löhne und Gewinnsteuern führen dazu, dass die kaufkräftige inländische Endnachfrage, die aus privatem Konsum und Staatsausgaben besteht und aus Löhnen/Gehältern und Steuern gespeist wird, sich nicht im Tempo der Profite entwickelt. Unternehmen haben aber keinen Anreiz, ihre gestiegenen Gewinne zu reinvestieren, wenn ihre Absatzaussichten stagnieren. Sie werden entweder verstärkt in den Export gehen – das schafft zeitweise Erleichterung, mittelfristig aber große Abhängigkeiten. Oder sie werden ihre Gewinne auf den Finanzmärkten anlegen und somit gar nicht in den Investitions- und Produktionskreislauf zurücklenken – was die Wachstumsschwäche und die Stagnation der Beschäftigung weiter akzentuiert. Eine Korrektur dieser Entwicklung und die Rückbindung der Finanzmärkte in eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung, in der sie ihre wichtige Funktion der Investitionsfinanzierung und langfristigen privaten Vermögensbildung spielen können, verlangt eine Korrektur der Einkommensverteilung.

*kein Anreiz zu
reinvestieren*

*Rückbindung der
Finanzmärkte*

4.3. Demokratisierung des IWF

Der IWF ist eine globale, aber keine demokratische Organisation. Er wird von den reichen Industrieländern des Nordens beherrscht. Allein auf die USA entfallen rund 17 % des Stimmrechtes, auf die EU gut 30 % und auf die G10 Länder mehr als die Hälfte. Daher ist es nicht verwunderlich, dass der IWF vor allem die Interessen des Nordens vertritt, die gegenüber den Entwicklungsländern in der Position der Gläubiger sind, und ihnen eine Politik verordnet, deren oberste Richtschnur nicht die Entwicklung der armen Länder, sondern die Bedienung und Rückzahlung der Kredite des Nordens ist. Daran hat sich auch nichts geändert, nachdem der IWF wegen seiner falschen Einschätzungen und kontraproduktiven Politik zunehmend in die öffentliche Kritik geraten ist. Die jüngsten Hilfsprogramme für die Türkei und Argentinien unterscheiden sich in ihrer Struktur und in den mit ihnen verbundenen

*keine
demokratische
Organisation*

öffentliche Kritik

*Veränderung der
Stimmenver-
hältnisse*

wirtschaftspolitischen Auflagen – Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Verschärfung der Austeritätspolitik – in nichts von denen, die der IWF während der Asienkrise organisiert hat. Es scheint, dass eine wirkliche Korrektur der verfehlten Politik an den Interessen der Finanzanleger und an der Macht der großen Industriestaaten scheitert, die sie im IWF vertreten. Eine tragfähige Reform müsste daher mit einer Veränderung der Stimmenverhältnisse zugunsten der Entwicklungsländer verbunden sein und ihnen ein Gewicht verschaffen, das nicht einfach ignoriert werden kann. Solange hierzu keine Bereitschaft besteht, kann der IWF der globalen Verantwortung nicht gerecht werden, die er als Sonderorganisation der Vereinten Nationen wahrnehmen müsste.

*nicht zum
alleinigen
Maßstab
machen*

Eine demokratische Neuordnung der Stimmrechte im IWF (Vgl. Huffschnid 2000) sollte die ökonomische Potenz eines Landes nicht ignorieren, aber nicht zum alleinigen Maßstab machen. Daneben sollte auch die Zahl der Menschen eine Rolle spielen, die dort leben. Darüber hinaus wird hier vorgeschlagen, zusätzlich die Fortschritte bei der qualitativen Entwicklung zu berücksichtigen. Sie lässt sich ansatzweise mit Hilfe des Index der menschlichen Entwicklung darstellen, in dem neben dem Pro-Kopf-Einkommen auch qualitative Kriterien wie Gesundheit und Bildung zu Buche schlagen. Wenn die relative Position der Mitgliedsländer bei diesen drei Bezugsgrößen jeweils zu einem Drittel gewichtet wird, ergibt sich eine gleichmäßigere Verteilung der Stimmrechte.

Vorschlag zur Reform der Stimmrechte im IWF

1 USA	17,8	11,2	-6,6	-37,2
2 China	2,3	8,7	+6,5	+281,6
3 Indien	2,1	6,4	+4,3	+209,7
4 Japan	5,5	6,0	+0,5	+8,2
5 Deutschland	5,5	3,2	-2,3	-41,5
6 Frankreich	5,0	2,2	-2,8	-54,3
7 Brasilien	1,5	2,2	+0,7	+47,8
8 Großbritannien	5,0	2,2	-2,8	-56,8
9 Italien	3,1	2,0	-1,1	-36,2
10 Indonesien	1,0	1,7	+0,7	+64,2
G7	44,8	28,0	-16,8	-37,5
G10 (inkl. Schweiz)	52,0	30,7	-19,3	-41,1
EU	28,8	15,9	-12,9	-44,7
OECD	63,4	41,5	-21,9	-34,6
G24 (ohne Iran)	12,1	19,0	+6,9	+56,8
G77 ³	28,4	52,0	+23,6	+83,0

1 auf der Grundlage der Zahlen von 1997

2 in der Reihenfolge des reformierten Stimmrechtes

3 ohne 19 kleinere Länder, für die keine vollständigen Daten vorliegen

Quelle: UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 1999, Bonn 1999, S. 168ff., 214ff, 231ff. eigene Berechnungen

Insgesamt würde die Neugewichtung die gegenwärtige drastische Dominanz der Industrieländer (allein 45 % der Stimmen für die G7 Länder!) beenden und den Entwicklungsländern ein größeres Gewicht geben. In Verbindung mit einer Senkung der Mindestmehrheit bei wesentlichen Entscheidungen von 85 % auf 75 % könnte sich so eine Struktur ergeben, die Majorisierungen oder Blockierungen verhindert und zum Versuch zwingt Verständigung und Ausgleich herbeizuführen.

*Dominanz
beenden*

5. Schluss: Die Zählung der Finanzmärkte erfordert soziale Mobilisierung

<i>eine schwierige Aufgabe</i>	Die Zählung der Finanzmärkte ist eine schwierige Aufgabe. Zum einen gibt es dabei objektiv komplizierte wirtschaftliche und soziale Probleme, die in weiterer Forschung aber auch in ersten praktischen Versuchen gelöst werden müssen. Zum anderen stößt eine solche Neuorientierung der Wirtschaftspolitik auf den massiven Widerstand derer, die von den aktuellen Verhältnissen und Tendenzen profitieren. Da sie über überwältigenden Einfluss in den Medien verfügen, sind sie gleichzeitig in der Lage, den Menschen zu verkaufen, Politik unter dem Diktat der Finanzmärkte sei letztlich zum Wohle aller, auch der kleinen Leute. Und wenn sie nicht zum Wohle der kleinen Leute sei, gäbe es hierzu dennoch keine Alternative. Die Erschütterung dieser Machtpositionen erfordert nicht nur Aufklärung und den Nachweis, dass es sehr wohl Alternativen zum Neoliberalismus und zum Diktat der Finanzmärkte gibt. Es erfordert darüber hinaus energische und ausdauernde politische Mobilisierung, politischen Widerstand und Druck für eine andere Politik.
<i>Einfluss in den Medien</i>	
<i>Ansätze unübersehbar</i>	Ansätze hierzu sind mittlerweile unübersehbar. In vielen Ländern sind in den vergangenen Jahren neue soziale Bewegungen gegen die gesellschaftliche Vormacht der Finanzmärkte entstanden. Unter dem Namen attac (Vgl. Attac 1998) forderten sie zunächst nur die Erhebung einer Steuer zur Milderung der Finanzspekulation. Mittlerweile ist ihr Blickfeld breiter geworden. Sie thematisieren den Zusammenhang zwischen Finanzmärkten, Finanzkrisen in den Ländern der Dritten Welt, und in der ersten Welt die Förderung der Steuerflucht und Finanzspekulation durch die sogenannten Offshorezentren sowie die Aushöhlung des Systems der sozialen Sicherheit durch ihre Auslieferung an die Finanzmärkte. Durch diese Ausweitung haben sie Verbindungen zu anderen Bewegungen wie zu entwicklungspolitischen Gruppen und zu den Gewerkschaften geschaffen. Wenn diese Bewegungen in den nächsten Monaten und Jahren gestärkt und in einer größeren Öffentlichkeit

wahrgenommen und akzeptiert und wenn ihre gegenseitigen Verbindungen gefestigt werden, dann entsteht damit eine tragfähige Grundlage nicht nur für gelegentliche Regierungswechsel, sondern auch für eine neue Politik.

Literaturnachweise:

ATTAC. 1998. Platform of the Association Attac. (www.attac.org/htm).

Baker, Dean and Mark Weisbrod. 1999. Social Security. The Phony Crisis. Chicago: The University of Chicago Press.

Bakker, Age F. P. 1996. The Liberalization of Capital Movements in Europe. The Monetary Committee and Financial Integration 1958–1994, Dordrecht u.a.: Kluwer Academic Publishers.

BVI Bundesverband Deutscher Investment-Gesellschaften. 2001. Investment 2001. Daten, Fakten, Entwicklungen. Frankfurt/Main.

Chesnais, Francois. 1996. Mondialisation financière et vulnérabilité systemique. In: Francois Chesnais et al. La mondialisation financière. Genèse, Coût et enjeux. Paris: Syros, S. 251-295

Dieter, Heribert. 1998. Die Asienkrise. Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds, Marburg.

Hufschmid, Jörg. 1999. Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg: VSA-Verlag.

Hufschmid, Jörg. 2000. Demokratisierung, Stabilisierung und Entwicklung. Ein Reformszenario für IWF und Weltbank, aus: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11: 1345-1354.

Kindleberger, Charles P. 1996. Manias, Panics and Crashes, A History of Financial Crises. London u.a.: MacMillan (1978).

Lazonick, William und Mary O'Sullivan. 2000. Maximizing shareholder value: a new ideology for corporate governance, aus: Economy and Society 29(1), 13–35.

Shafer, Jeffrey R. 1995. Experience with controls on international capital movements in OECD countries: solution or problem for monetary policy?, in: Sebastian Edwards (Hg.). Capital Controls, Exchange Rates and Monetary Policy in the World Economy. Cambridge u.a.: Cambridge University Press, 119–156.

Ul Haq, Mahbub, Inge Kaul, Isabelle Grunberg (Hg.). 1996. The Tobin Tax. Coping with Financial Volatility, Oxford, New York: Oxford University Press.

Anmerkung:

1 Ich beziehe mich im Folgenden im Wesentlichen auf die ersten drei Kapitel meines Buches von 1999.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at